

Lukas Haffert

Stirbt der Bauer, stirbt das Land?

Warum es bei den Bauernprotesten um mehr als Geld geht



AUF EINEN BLICK

Die Bauernproteste der letzten Monate zeigen, dass es bei Stadt-Land-Konflikten nicht nur um gleichwertige Lebensverhältnisse oder unterschiedliche politische Einstellungen geht, sondern auch um Identitäten und um das Gefühl fehlender politischer Aufmerksamkeit. Eine politische Antwort auf diese Konflikte sollte sich deshalb nicht auf deren finanzielle Aspekte beschränken, sondern muss auch Fragen der Repräsentation in den Blick nehmen.

EINLEITUNG

Als die Richter_innen des Bundesverfassungsgerichts am 15.11.2023 urteilten, dass der laufende Bundeshaushalt gegen die Schuldenbremse verstieß, lösten sie unbeabsichtigt eine Welle von Bauernprotesten aus. Denn die Landwirt_innen machten sehr effektiv gegen die Entscheidung der Bundesregierung mobil, einen Teil des entstandenen Haushaltslochs mit Kürzungen bei den Subventionen für Agrardiesel und der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu stopfen. Der Traktor hat sich als überaus wirksame Protestzugmaschine erwiesen.

Ein einfacher Blick ins Ausland zeigt allerdings, dass es sich bei den Subventionskürzungen zwar um den Anlass, aber keineswegs um die Ursache der Proteste gehandelt haben kann. Ob man nach Frankreich oder nach Italien, nach Polen oder nach Belgien schaut, fast überall in Europa toben die heftigsten Bauernproteste seit Jahren. In den Niederlanden wird die „Bauer-Bürger-Bewegung“ (BoerBurgerBeweging, BBB) Teil der neuen Regierung sein. Die Landwirtschaft steht wie lange nicht mehr im Zentrum der europäischen Politik.

Dabei ist bemerkenswert, auf wie viel Sympathie die Bauernproteste, besonders zu Beginn, in der Bevölkerung im Allgemeinen und der ländlichen Bevölkerung im Besonderen stießen. So ermittelte das ZDF Politbarometer im Januar 2024, dass 68 Prozent der Befragten die Proteste für angemessen hielten und immerhin 52 Prozent der Meinung waren, es solle gar keine Kürzungen bei den Agrarsubventionen geben (ZDF 2024). Das Marktforschungsinstitut YouGov ermittelte teilweise sogar noch höhere Zustimmungswerte (dpa 2024). Diese Zustimmung steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zur breiten Ablehnung, die der „Letzten Generation“ entgegenschlug, als sie zu sehr ähnlichen Protestformen griff.

Vor allem aber legt diese verbreitete Zustimmung nahe, dass es bei den Bauernprotesten um mehr geht als um Ressourcenkonflikte innerhalb eines einzelnen Wirtschaftssektors. Vielmehr scheinen sie Ausdruck eines tieferen Stadt-Land-Gegensatzes zu sein. Das wirft die Frage auf, warum es den Landwirt_innen offenbar gelingt, sich als Repräsentant_innen „des Landes“ zu inszenieren. Denn die Gleichsetzung von „Land“ mit „Landwirtschaft“ ist eigentlich schon seit Jahrzehnten überholt. Selbst in den ländlichsten Regionen Deutschlands lebt nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung von der Landwirtschaft.

Trotzdem, so die im Folgenden zu entwickelnde These, können die Landwirt_innen sich als ideale Identifikationsfiguren für ländliche Frustrationen inszenieren und werden auch so wahrgenommen. Auch wenn die Landwirtschaft selbst ökonomisch keine große Rolle mehr spielt, repräsentiert sie doch weiterhin einen sehr wichtigen Strukturunterschied zwischen Stadt und Land. Dieser Strukturunterschied übersetzt sich wiederum in unterschiedliche Wertvorstellungen, die von Bauernfunktionär_innen rhetorisch mobilisiert werden. Auch die Klage, die eigenen Anliegen würden von der Politik nicht verstanden, findet weit über die Landwirtschaft hinaus Zustimmung.

ZUR SOZIOSTRUKTURELLEN EINORDNUNG

Betrachtet man die Bauernproteste als Ausdruck eines tieferen Stadt-Land-Grabens, so spiegeln sie durchaus strukturelle ökonomische Gegensätze zwischen urbanen Zentren und ländlichen Räumen wider. Allerdings betreffen diese Gegensätze die Rolle des Agrarsektors selbst allenfalls in zweiter Linie. Das liegt schon daran, dass der Anteil der Landwirtschaft an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung weniger als ein Prozent beträgt. Selbst in sehr ländlichen Regionen prägt die Landwirtschaft zwar die Landschaft, aber längst nicht mehr die Wirtschaft.

Das bundeseigene Johann Heinrich von Thünen-Institut unterteilt die deutschen Städte und Landkreise in „sehr ländliche“, „eher ländliche“ und „nicht ländliche“ Kreise. Folgt man dieser Einstufung, dann gibt es in Deutschland 172 „sehr ländliche“ Kreise, in denen insgesamt 22 Millionen Menschen leben. Selbst in diesen Kreisen liegt der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung gerade einmal bei 2,3 Prozent (vgl. Tabelle 1).

Das ist zwar mehr als das Zehnfache ihres Anteils in den 96 „nicht ländlichen“ Städten und Kreisen (mit 36 Millionen Einwohner_innen), wo er gerade einmal bei 0,17 Prozent liegt. Trotzdem zeigt ein Anteil von gut zwei Prozent, dass es hier nicht wirklich um einen Konflikt zwischen agrarisch und nicht agrarisch geprägten Regionen geht.

Wertschöpfungsanteile unterschiedlicher Sektoren in Stadt und Land

Tab. 1

Typ der Kreisregion	Anteil Land- und Forstwirtschaft	Anteil produzierendes Gewerbe und Bauwirtschaft
Sehr ländlich	2,29 %	37,48 %
Eher ländlich	1,41 %	34,92 %
Nicht ländlich	0,17 %	23,80 %

QUELLE: eigene Berechnungen auf Basis von Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

Ebenso lässt sich der ökonomische Gegensatz zwischen Stadt und Land in Deutschland nur sehr schlecht mit der Vorstellung von „boomenden“ und „abgehängten“ Regionen fassen. Ökonomisch abgehängt ist in Deutschland nur ein relativ kleiner Teil der ländlichen Kreise, und zwar vor allem

in den unter Bevölkerungsverlust leidenden ländlichen Räumen Ostdeutschlands. In vielen ländlichen Regionen Westdeutschlands, vom Emsland bis nach Niederbayern, sieht es aber ganz anders aus. Zwar sind dort wichtige Teile der Daseinsvorsorge, wie etwa der öffentliche Nahverkehr oder die Gesundheitsversorgung, schlechter ausgebaut als in den Metropolregionen. Einkommen und vor allem Kaufkraft sind dort aber oft höher als in vielen Städten. Entsprechend zählt der allergrößte Teil der ländlichen Räume in Westdeutschland laut dem Sozioökonomischen Disparitätenbericht 2023 zu „Deutschlands solider Mitte“, die durch „eine niedrige Armutsbelastung, eine insgesamt stabile sozioökonomische Lage und einen deutlichen Bevölkerungszuwachs sowie eine hohe Lebenserwartung und einen überdurchschnittlichen Breitbandausbau“ gekennzeichnet ist (Gohla/Hennicke 2023). Davon setzen sich Teile Süddeutschlands sogar noch als „wohlhabendes (Um-)Land“ ab.

Der entscheidende Unterschied zwischen Stadt und Land besteht also nicht in der Größe des Wohlstands, sondern in der Frage, wie dieser erwirtschaftet wird. Konkret liegt der eigentliche ökonomische Gegensatz bei der Rolle des produzierenden Gewerbes auf der einen Seite und der des soziokulturellen Dienstleistungssektors auf der anderen Seite.

Waren viele Städte bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts noch Industriezentren, hat sich das Stadt-Land-Verhältnis in dieser Hinsicht längst umgekehrt. Bereits seit den 1960er Jahren verschob sich der Schwerpunkt der industriellen Produktion von den Städten auf das Land, wo es ausreichend Platz für Produktionsstätten gab, Lkw-basierte Logistik einfacher und Arbeitskräfte günstiger waren. Auch das wohl prominenteste industrielle Ansiedlungsprojekt der letzten Jahre, die Tesla-Fabrik in Grünheide, entstand nicht zufällig in einem Landkreis, den das Thünen-Institut für Regionalentwicklung als „eher ländlich“ klassifiziert.

Entsprechend liegt der Schwerpunkt des produzierenden Gewerbes in Deutschland heute auf dem Land, nicht in den Städten. So beträgt der Bruttowertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes und der Bauwirtschaft in den nicht ländlichen Städten und Kreisen nur noch 24 Prozent. In den sehr ländlichen Kreisen ist er mehr als anderthalbmal so hoch (Tabelle 1). Umgekehrt dominiert der Dienstleistungssektor in den Städten noch viel stärker die Wirtschaft als auf dem Land. Dabei ist er allerdings derart heterogen – vom Lieferservice bis zur internationalen Steuerrechtskanzlei –, dass die Größe dieses Sektors allein noch sehr wenig aussagt. Für das Verständnis politischer Entwicklungen wichtiger ist deshalb vor allem die Rolle des soziokulturellen Sektors aus (Hoch-)Schulen, Kulturbetrieben und Gesundheitseinrichtungen.

Hier arbeitet eine Gruppe von Menschen, die der Schweizer Soziologe Daniel Oesch als „soziokulturelle Expert_innen“ bezeichnet und deren Arbeit sich durch eine „interpersonelle Arbeitslogik“ auszeichnet (Oesch 2006). Ärzt_innen, Lehrer_innen oder Sozialarbeiter_innen erbringen ihre Dienstleistung gewissermaßen in Koproduktion mit ihren Kund_innen – ganz anders als die Produktionsarbeiter_innen oder die Landwirt_innen, deren Arbeitslogik vor allem den technischen Parametern des Produktionsprozesses folgt. Die „soziokulturellen Expert_innen“ bilden die strukturelle Basis für Milieus, die häufig als „kreative Klasse“ (Florida 2002) oder als „neue Mittelklasse“ (Reckwitz 2017) beschrieben werden. Diese neue

Mittelklasse zeichnet sich eben nicht bloß durch bestimmte Werte oder Formen der Lebensführung aus, sondern ist ebenso klar in bestimmten Berufsfeldern verankert wie die Klasse der Produktionsarbeiter_innen.

Hinzu kommt, dass diese soziostrukturellen Unterschiede noch zunehmen. Insofern handelt es sich bei der Altersdimension um eine versteckte Facette des Stadt-Land-Gegensatzes. Dabei geht es keineswegs um einen Gegensatz zwischen „Jung“ (städtisch) und „Alt“ (ländlich), sondern vielmehr um einen Gegensatz innerhalb der jüngeren Generationen. So arbeiten unter den 25- bis 34-Jährigen in Städten 20,5 Prozent in Berufen, die von der Ökonomin Melanie Arntz und ihren Co-Autor_innen der «kreativen Klasse» zugerechnet werden (Arntz et al. 2023). In sehr ländlichen Kreisen beträgt der Anteil kreativer Berufe in dieser Altersgruppe dagegen nur 9,1 Prozent. Unter 55- bis 64-Jährigen ist diese Stadt-Land-Differenz mit Anteilen von 12,8 Prozent beziehungsweise 6,0 Prozent deutlich kleiner. Umgekehrt liegt der Anteil der Produktionsarbeiter_innen (nach Definition der Bundesagentur für Arbeit) in der älteren Kohorte bei 22,7 Prozent in städtischen und bei 30,2 Prozent in sehr ländlichen Orten. In der jüngeren Kohorte ist die Stadt-Land-Lücke bei Anteilen von 19,6 Prozent und 34,1 Prozent fast doppelt so groß.

Außerdem bedeutet die wichtige Rolle des produzierenden Gewerbes in vielen ländlichen Regionen auch, dass diese Regionen besonders anfällig für Transformationsrisiken sind. Wie der Sozioökonomische Disparitätenbericht 2023 zeigt, sind es vor allem ländliche Kreise in Süddeutschland, die wegen eines gleichermaßen hohen Beschäftigungsanteils in energieintensiven Industrien und in der Automobilindustrie einem doppelten Transformationsrisiko ausgesetzt sind (Gohla/Hennicke 2023).

LÄNDLICHE VERBITTERUNG, AUCH IN DEUTSCHLAND?

Die große Reichweite der Bauernproteste lässt sich besser verstehen, wenn man sie als symbolische Reflexion dieses tiefer gehenden Gegensatzes zwischen Produktionssektor und soziokulturellem Sektor deutet. Warum aber entzündeten sich diese Gegensätze ausgerechnet an den Bauernprotesten? Was bieten die Landwirt_innen, was sie auch für Menschen im Produktionssektor zu idealen Identifikationsfiguren macht?

Ein Schlüssel zum Verständnis dafür liegt im Konzept der „ländlichen Verbitterung“ (*rural resentment*), das die amerikanische Politikwissenschaftlerin Katherine Cramer am Beispiel des ländlichen Wisconsin entwickelt hat (Cramer 2016) und das seitdem auf viele Länder, darunter auch auf Deutschland, übertragen wurde (Hegewald 2024).

Ausgangspunkt von Cramers Untersuchungen ist die These, dass viele Wähler_innen sich der Politik durch die Linse einer sozialen Identität nähern. Statt danach zu fragen, welche politischen Programme ihren höchstpersönlichen Vorstellungen entsprechen (das Modell, das dem Wahl-O-Maten zugrunde liegt), fragen sie danach, was diese Programme für „Menschen wie mich“ bedeuten. Politisch bekommt deshalb die Frage der Gruppenzugehörigkeit eine entscheidende Bedeutung: Wer sind eigentlich „Menschen wie ich“?

Eine mögliche Antwort, die Cramer auf Basis von über mehrere Jahre durchgeführten Interviews und teilnehmenden Beobachtungen entwickelt, lautet: andere Menschen auf dem Land. Mit diesen, so Cramer, teilt man ein „ländliches Bewusstsein“, das die Wahrnehmung politischer Debatten und Entscheidungen prägt.

Zwei Aspekte ihrer Analyse dieses ländlichen Bewusstseins sind für das Verständnis der aktuellen Bauernproteste besonders aufschlussreich. Zum einen betont Cramer den besonderen Wert „harter“ im Sinne körperlich anstrengender Arbeit für die ländliche Identität. In einem eingängigen Bild illustriert sie diese Vorstellung von harter Arbeit mit der Frage, ob man vor oder aber nach der Arbeit duscht.

Dieser Wert spielt unter anderem deshalb eine so große Rolle, weil er eine unzweifelhaft positive Selbstbeschreibung ermöglicht. Gruppenidentitäten sind schließlich vor allem dann attraktiv, wenn man aus ihnen auch einen Gewinn an Selbstwert ziehen kann (Shayo 2009), was Kategorien wie „abgehängt“ oder „frustriert“ denkbar ungeeignet macht. Deshalb ist harte Arbeit schon lange ein zentrales Identifikationsangebot in Regionen, deren ökonomischer oder sozialer Status fragil geworden ist. Früher waren es etwa Figuren wie der Bergmann und der Stahlkocher, hinter denen sich ganze Stadtgesellschaften im Protest gegen die Schließung eines Bergwerks versammelten: Erst stirbt die Zeche, dann stirbt die Stadt.

Heute wirkt ein ganz ähnlicher Mechanismus in ländlichen Regionen. In Umfragen wird die Bedeutung körperlich harter Arbeit für ländliches Bewusstsein etwa mit der Zustimmung zur Aussage „Leute auf dem Land arbeiten härter als Leute in großen Städten, weil es auf dem Land schwieriger ist, genug Geld zu verdienen, um vernünftig leben zu können“ gemessen. In einer im Herbst 2021 durchgeführten Online-Umfrage (quotiert für Alter, Geschlecht und Bildungsgrad der Befragten) stimmten 45 Prozent derjenigen Befragten zu, die ihren Wohnort als ländlich beschrieben (Haffert et al. im Erscheinen). Dagegen waren nur 17 Prozent derjenigen, die ihren Wohnort als städtisch beschrieben, der gegenteiligen Ansicht, in der Stadt werde härter gearbeitet (Abbildung 1).

Für die Wirkkraft der Bauernproteste ist der Wert harter Arbeit also deshalb wichtig, weil er die strukturellen ökonomischen Unterschiede zwischen Stadt und Land abbildet, weit über die Rolle der Landwirtschaft hinaus. So unterscheiden sich Produktionsarbeiter_innen und soziokulturelle Expert_innen bei der Frage, wie sehr sie sich mit Items wie „harter Arbeit“ oder „Bodenständigkeit“ identifizieren, sehr voneinander (Bornschiefer et al. 2024). Von allen Berufsgruppen geben Menschen in Produktionsberufen bei der Frage, wie nahe sie sich Leuten fühlen, die bodenständig sind und hart arbeiten, die höchste Nähe an. Unter Menschen in soziokulturellen Berufen ist die gefühlte Nähe zu diesen Gruppen dagegen besonders gering.

WAHRGENOMMENE REPRÄSENTATION

Neben der Rolle harter Arbeit betont Cramer zudem das Gefühl, politisch nicht gehört zu werden. Eine Quelle der ländlichen Verbitterung sei die Wahrnehmung, dass Menschen in

der Stadt und auf dem Land oft unterschiedliche Interessen hätten, dass die Politik sich aber fast immer an den Interessen der Stadtbevölkerung orientiere.

Diese Wahrnehmung lässt sich etwa mit der Zustimmung zur Aussage „Die großen Städte haben in der Politik zu viel zu sagen, während ländliche Regionen oft nicht gehört werden“ messen. Dieser Aussage stimmten in der Umfrage im Herbst 2021 fast zwei Drittel der Befragten auf dem Land zu. Dagegen war gerade einmal jede_r zehnte städtische Befragte der Meinung, das Land habe zu viel zu sagen.

Die Wahrnehmung einer sehr ungleichen politischen Repräsentation belegen auch vergleichende Untersuchungen. So zeigt eine Studie der spanischen Politikwissenschaftler Rubén García del Horno, Guillem Rico und Enrique Hernández (García del Horno et al. 2023) auf Basis von Daten aus insgesamt 30 europäischen Ländern, dass Menschen in ländlichen Räumen ihre Chancen, die Entscheidungen ihrer Regierung zu beeinflussen, systematisch schlechter einschätzen als Menschen in Städten.

Interessanterweise ist dieser Effekt nicht in allen untersuchten Ländern gleich stark ausgeprägt, sondern wird von der Art des Wahlsystems beeinflusst. In Ländern mit einem ausgeprägten Verhältniswahlrecht (wie den Niederlanden) ist der Stadt-Land-Unterschied in den wahrgenommenen politischen Einflussmöglichkeiten größer als in Ländern mit Mehrheitswahlrecht (wie Großbritannien).

Dieser Effekt ergibt sich vermutlich aus den taktischen Anreizen, die sich aus dem Wahlsystem für die Parteien ergeben: Im Verhältniswahlrecht kommt es darauf an, insgesamt

möglichst viele Stimmen zu gewinnen, es spielt aber keine Rolle, wo eine Partei diese Stimmen gewinnt. Im Mehrheitswahlrecht geht es hingegen darum, möglichst viele Wahlkreise zu gewinnen. Dafür ist aber entscheidend, wo die Stimmen gewonnen werden. Deshalb kann man sogar mit einer Minderheit der Stimmen eine Wahl gewinnen, wovon fast immer ländliche Regionen profitieren.

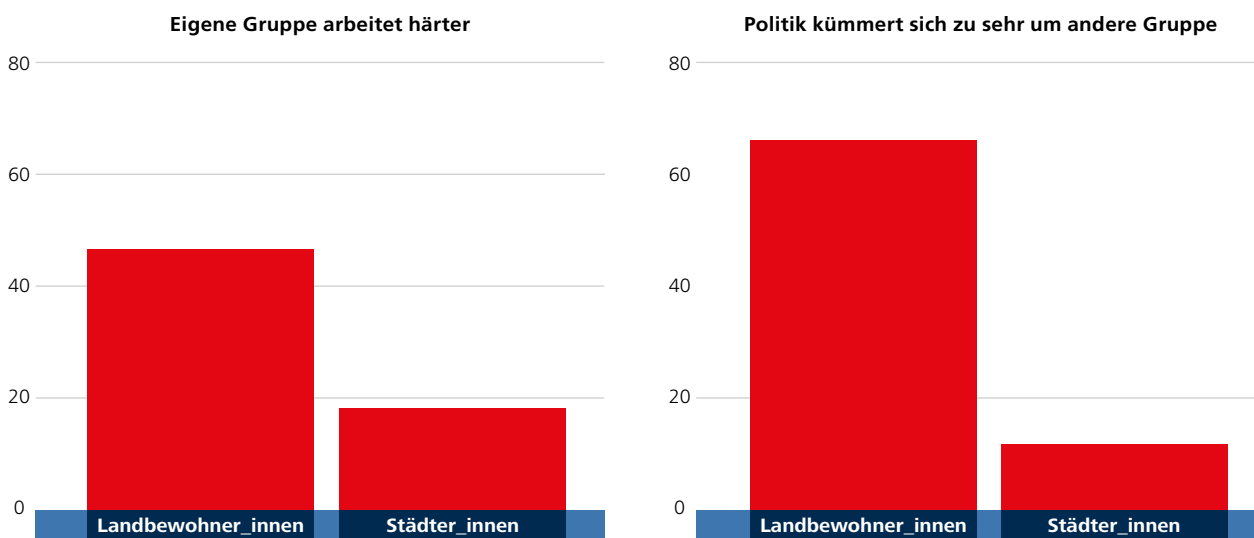
Mit seinem „personalisierten Verhältniswahlrecht“ hat Deutschland zwar ein Mischsystem, in dem das Verhältniswahlelement aber klar dominiert (was die Wahlrechtsreform noch verstärkt). Tatsächlich trägt dieses Wahlsystem tendenziell sogar zu einer Bevorzugung städtischer Räume bei. Denn erstens schenken die größeren Parteien den eng umkämpften Wahlkreisen besondere Aufmerksamkeit, und diese liegen häufig in Städten. Und zweitens haben städtische Kandidat_innen auf den Nominierungsparteitagen ihrer Landesverbände besonders gute Chancen, vordere Listenplätze zu erringen, die den Einzug in den Bundestag garantieren (Haffert 2022).

Dass Menschen auf dem Land sich politisch nicht angemessen repräsentiert fühlen, hat aber nicht nur mit der Bundespolitik zu tun. Auch die Kommunalpolitik spielt hier eine wichtige Rolle. So zeigen Studien verschiedene negative Effekte von Kommunalgebietsreformen auf Indikatoren demokratischer Beteiligung, wie etwa die Wahlbeteiligung oder die Bereitschaft zu eigenem lokalpolitischem Engagement (Blesse/Rösel 2017). Kurz zusammengefasst: Je weiter weg die nächste staatliche Ebene im geografischen Sinne ist, als desto weiter entfernt wird sie auch politisch empfunden.

Bedeutung harter Arbeit und Gefühl fehlender politischer Repräsentation

Anteil, der der Aussage zustimmt (in Prozent)

Abb. 1



QUELLE: Daten in Haffert et al. (im Erscheinen).

BAUERNPROTESTE ALS AUSDRUCK LÄNDLICHER VERBITTERUNG?

Die eigentliche Verbindung zwischen den Bauernprotesten und allgemeineren Stadt-Land-Gegensätzen besteht also darin, dass die Protestierenden als Symbolfiguren ländlicher Verbitte­rung verstanden werden können. Wie kaum eine andere Berufsgruppe können Landwirt_innen für sich in Anspruch nehmen, harte, körperlich anstrengende Arbeit zu leisten. Und den Vorwurf, ihre legitimen Anliegen würden politisch seit jeher ignoriert, scheinen sie mit einer langen Liste von Beispielen belegen zu können. Dabei können sie sich auch das schlechte Gewissen der Gesellschaft, die zu wenig über die Produktionsgrundlagen ihrer Ernährung weiß, zunutze machen.

Harte Arbeit und fehlende politische Wahrnehmung als Kernbestandteile eines ländlichen Bewusstseins werden schließlich auch von Bauernvertreter_innen selbst genutzt, um für ihre Anliegen zu mobilisieren. Es ist wohl kaum davon auszugehen, dass Katherine Cramers Studien über das ländliche Wisconsin unter Funktionär_innen des Deutschen Bauernverbands herumgereicht werden. Umso bemerkenswerter ist ein Interview, das Joachim Rukwied, der Präsident des Deutschen Bauernverbands, am 10.1. im ZDF Morgenmagazin gab. Wörtlich warf er der Bundesregierung vor, sie lasse sich von Menschen beraten, die „noch nie gearbeitet haben, geschwitzt haben. Da muss sich was verändern. Die Bundesregierung muss den Menschen, die Deutschland tagtäglich durch ihre Arbeit am Laufen halten, wieder mehr zuhören; und da gehören auch wir Bauern dazu“ (Rukwied 2024).

FAZIT

Die Bauernproteste haben sich an einer unmittelbar materiellen Frage entzündet: der Streichung von Steuersubventionen für Agrardiesel und land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge. Auch der Stadt-Land-Gegensatz insgesamt wird oftmals als Ausdruck materieller Konflikte gedeutet, etwa unter dem Schlagwort der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“.

Wie die skizzierten Forschungsbefunde zeigen, wird es aber kaum genügen, diesen Gegensatz auf einer materiellen Ebene zu bearbeiten. Natürlich ist es wichtig, die Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung und den öffentlichen Nahverkehr in ländlichen Räumen zu verbessern. Das allein wird aber nicht ausreichen.

Stattdessen wird sich die Politik auch der viel schwierigeren Aufgabe annehmen müssen, etwas an der wahrgenommenen Repräsentationslücke zu ändern. Das könnte etwa bedeuten, mehr Politiker_innen mit ländlichen Biografien in die Parlamente zu bringen. Der Bundestag wird seit vielen Jahren von Abgeordneten mit Hochschulabschluss und akademischen oder rein politischen Berufsbiografien dominiert (Schäfer 2024). Für ein Studium und viele daran anschließende Berufslaufbahnen muss man aber in einer Stadt leben oder zumindest arbeiten. Selbst Abgeordnete, die in eher ländlichen Wahlkreisen antreten, bringen daher oftmals prägende städtische Erfahrungen mit. Ohnehin treten überproportional viele Ab-

geordnete in städtischen Wahlkreisen an (Haffert 2022). Sollte die CSU bei der nächsten Bundestagswahl unter der Fünfprozent­hürde landen, würde sich diese Tendenz noch einmal massiv verstärken. Hier wären die Parteien gefordert, bei der Rekrutierung von Kandidat_innen und der Aufstellung von Landeslisten gezielt nach Personen mit ländlichen Biografien zu suchen, die die programmatischen Angebote ihrer Parteien auch biografisch beglaubigen.

Ein anderer Ansatz könnte sein, unterschiedliche Entscheidungen vor Ort zu ermöglichen und auch zuzulassen. Die Wahrnehmung politischer Selbstwirksamkeit lässt sich nicht nur dadurch stärken, dass Landtage oder der Bundestag ländlichen Anliegen mehr Aufmerksamkeit schenken, sondern auch dadurch, dass tatsächlich mehr vor Ort entschieden werden kann. Eine aus Angst vor „Flickenteppichen“ und aus dem Wunsch nach mehr Effizienz betriebene Zentralisierung kann unbeabsichtigte demokratiepolitische Nebenfolgen haben.

Dafür genügt es allerdings nicht, die formalen Entscheidungskompetenzen von Landkreisen und Gemeinden zu erweitern. Diese müssen auch über die Ressourcen verfügen, um theoretisch vorhandene Spielräume praktisch zu nutzen. Rein formale Kompetenzen, die nicht mit Leben gefüllt werden können, werden nur zu weiterer Frustration beitragen. Deshalb genügt es auch nicht, Förderprogramme aufzulegen, über die Kommunen theoretisch finanzielle Mittel abrufen können. In den Gemeinden müssen auch die Planungs- und Ausführungskompetenzen vorhanden sein, um diese Mittel zu beantragen und einzusetzen.

Vor allem aber wäre es wichtig, dafür zu sorgen, dass eine städtische Biografie weniger als Norm gilt. Das Gefühl der Wertschätzung der eigenen Lebensentscheidungen hängt schließlich auch davon ab, ob die Gesellschaft sie als normal oder als rechtfertigungsbedürftig empfindet. Auch die Medien könnten dazu beitragen, die Vielfalt ländlicher Biografien gesellschaftlich sichtbarer zu machen. In der öffentlichen Debatte wird der ländliche Raum oft viel zu wenig differenziert dargestellt – in gewisser Weise tragen die Bauernproteste selbst auch dazu bei, indem sie die unpassende Gleichsetzung von Land mit Landwirtschaft befördern. Lokal verankerte Medien, die auch über bundespolitische Fragen aus einer lokalen Perspektive berichten, können das ändern, kämpfen aber oft ums Überleben. Tatsächlich zeigen Studien, dass der Niedergang von Lokalzeitungen die politische Polarisierung befördert (Ellger et al. im Erscheinen). Politische Pläne für eine Presseförderung sind im vergangenen Jahr vorerst gescheitert. Die Bundesregierung sollte hier einen neuen Anlauf nehmen, bevor die Pressevielfalt noch weiter zurückgeht.

LITERATURVERZEICHNIS

Arntz, Melanie; Brüll, Eduard; Lipowski, Căcilia 2023: Do Preferences for Urban Amenities Really Differ by Skill?, in: *Journal of Economic Geography* 23 (3), S. 541–576.

Blesse, Sebastian; Rösel, Felix 2017: Was bringen kommunale Gebietsreformen? Kausale Evidenz zu Hoffnungen, Risiken und alternativen Instrumenten, in: ZEW Discussion Paper No. 17-049.

Bornschiefer, Simon; Haffert, Lukas; Häusermann, Silja; Steenbergen, Marco; Zollinger, Delia 2024: Cleavage Formation in the 21st Century – How Social Identities Shape Voting Behavior in Contexts of Electoral Realignment, Cambridge.

Cramer, Katherine J. 2016: The Politics of Resentment – Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker, Chicago.

dpa 2024: Umfrage: Verständnis für Bauernproteste. <https://www.dpa-shop.com/shop/umfrage-verstaendnis-fuer-bauernproteste/> (17.4.2024).

Ellger, Fabio; Hilbig, Hanno; Riaz, Sascha; Tillmann, Philipp (im Erscheinen): Local Newspaper Decline and Political Polarization in Multi-Party Systems, in: *British Journal of Political Science*.

Florida, Richard 2002: The Rise of the Creative Class: And how It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life, New York.

García del Horno, Rubén; Rico, Guillem; Hernández, Enrique 2023: Do they feel like they don't matter? The rural-urban divide in external political efficacy, in: *West European Politics*, S. 1–26.

Gohla, Vera; Hennicke, Martin 2023: Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Haffert, Lukas 2022: Unequal Geographic Representation in a Mixed-Member Electoral System: Evidence from the German Bundestag, in: *German Politics*, S. 1–24.

Haffert, Lukas; Palmtag, Tabea; Schraff, Dominik (im Erscheinen): When group appeals backfire: explaining the asymmetric effects of place-based appeals, in: *British Journal of Political Science*.

Hegewald, Sven 2024: Locality as a safe haven: place-based resentment and political trust in local and national institutions, in: *Journal of European Public Policy*, S. 1–26.

Oesch, Daniel 2006: Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, Basingstoke.

Reckwitz, Andreas 2017: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin.

Rukwied, Joachim 2024: Interview mit Joachim Rukwied, in: ZDF Morgenmagazin. <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-politbarometer-januar-2024> (17.4.2024).

Schäfer, Armin 2024: Vertreter des ganzen Volkes? Über Repräsentation und Repräsentativität, in: *Merkur* (899).

Shayo, Moses 2009: A Model of Social Identity with an Application to Political Economy: Nation, Class, and Redistribution, in: *American Political Science Review* 103 (2), S. 147–74.

ZDF 2024: ZDF Politbarometer Januar 2024. <https://www.zdf.de/nachrichten/zdf-morgenmagazin/bauernverband-landwirte-ruk-wied-100.html> (17.4.2024).

AUTOR

Lukas Haffert ist Professor für vergleichende Politikwissenschaft und politische Ökonomie an der Universität Genf. Er forscht zu Staatsfinanzen, Stadt-Land-Unterschieden und den historischen Wurzeln politischen Verhaltens.

IMPRESSUM

Mai 2024

© **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:
Vera Gohla, Referentin für Wirtschafts- und Strukturpolitik
Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Bestellungen/Kontakt:
apb-publikation@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Titelmotiv: © picture alliance/dpa – Fabian Sommer

ISBN 978-3-98628-470-1